

Bundestag beschweigt das Unrecht in Tibet

Der Bundestags-Menschenrechtsausschuss stellt politische Grundwertebezüge zurück, verwechselt und verpanscht mithin achtlos aus Opportunitätsgründen seinen ethisch angelegten Auftrag

Fritz W. Peter, 22.6.08

Von einem Antrag zur Menschenrechtslage in Tibet, der im Menschenrechtsausschuss des Deutschen Bundestags aus den Reihen der F.D.P. angestoßen, dann gemeinsam von CDU/CSU, SPD und Grünen geplant und ausgearbeitet worden war, sind die SPD-Ausschussmitglieder nun nach Rückkehr von Außenminister Steinmeier von seiner China-Reise, die ihn auch (medienwirksam) in die Erdbebengebiete führte, abrupt abgerückt: „Wir werden den Antrag zu Tibet nicht mit einbringen, denn mein Eindruck ist nun: Die Dinge in China bewegen sich“, erklärte der menschenrechtspolitische Sprecher der SPD, Christoph Strässer. – Zeitgleich und vehement erneuerte die Pekinger Führung unterdessen ihre Propagandalügen über die „spalterischen Machenschaften“ des Dalai Lama.

Die vergleichsweise offene Informationspolitik Pekings im Zusammenhang der verheerenden Erdbebenkatastrophe (außer Acht gelassen werden darf aber bei dieser Beurteilung *nicht*, dass die Berichterstattung über selbstverschuldete Aspekte der Katastrophe wie u.a. Baumängel der eingestürzten Schulen mit aller Härte, zu der ein diktatorisches Regime fähig ist, unterbunden wurde) ist sicher zu begrüßen und hoch zu bewerten. Dabei darf jedoch eine grundsätzlichere Einsicht nicht aus dem Blick geraten, die im Umgang mit Peking in den letzten Monaten zu gewinnen war. Diese Einsicht ist folgende:

Dass sich die „Dinge in China bewegen“ erklärt sich ganz wesentlich aus der Erfahrung, die Peking mit einer kritischen internationalen Öffentlichkeit machen musste, als es die Proteste in Tibet und umgebenden Provinzen mit nichts anderem als den eingeübten Methoden und Reflexen brutaler Repression, Desinformations- u. Verleumdungskampagnen zu ersticken versuchte. Peking hätte sich bei der jüngsten Erdbebenkatastrophe niemals in seiner Informationspolitik so offen gezeigt, wenn nicht durch den Tibet-Konflikt und eine unbeirrte, an Menschenrechten orientierte Reaktion der Weltöffentlichkeit der hölzernen Pekinger Führungsriege eine (recht schnell gelernte) Lektion zuteil geworden wäre. Was in Peking einen Lernanstoß gab, reicht aber offenkundig nicht, um auch der SPD zu nüchterner Einsicht zu verhelfen. Dass nun auch CDU/CSU als Unterstützer des Antrags ausfallen, „weil das die Koalitionsräson gebietet“ [1], wird kritischen Beobachtern allerdings als besonders unappetitliches Zeichen für eben diese Räson vorkommen müssen.

Anmerk. a) Die „recht schnell gelernte Lektion“ ist eine pragmatische, nur bruchstückhaft gewonnene Einsicht: Pekings Tibet-Politik könnte davon z.B. völlig unbeeinflusst bleiben, während sich *an anderer Stelle* Wirkungen zeigen, wie das Informationsverhalten bei der Erdbebenkatastrophe zu illustrieren scheint.

Anmerk. b) Die Ansicht, Peking habe seine Lektion eher angesichts der halsstarrigen Haltung der Junta in Myanmar gezogen, dürfte kleinlich und beckmesserisch sein, denn beides, Tibet sowie Myanmar, demonstrierten den Druck einer fokussierten Weltöffentlichkeit. Vielleicht war ja *beides* nötig, um den Samen der Erkenntnis einzupflanzen – aber eben auch Pekings Lernerfahrung aus dem misslungenen Versuch, Tibets Anliegen als Thema zu tabuisieren.

Sozialdemokratischer Gerechtigkeitssinn?

Kommt nicht die Politik Pekings nun im siebten Jahrzehnt einer grundstürzenden „Erdbebenkatastrophe“ für Tibet gleich? Diese Frage werden sich die SPD und ihr Außenminister nicht vorlegen wollen. Für Tibet ist die Politik der kolonialen Unterwerfung und der planvollen Entrechtung seit Maos Einmarsch eine zwar im wörtlichen Sinne nicht tektonische, aber deswegen doch nicht weniger grundstürzende kulturelle, politische und gesellschaftliche Katastrophe! Die Interessenpolitiker der SPD rührt dies nicht; sie binden ihr Urteil einseitig an Pekings Sicht und Pekings machtpolitische Vorgaben – wie sie es ja nicht anders gegenüber Moskau pflegen! Wie Peter Sturm im F.A.Z.-Kommentar lakonisch zu Recht anmerkt: „Die SPD hatte sich schon mit den Oppositionellen im Ostblock schwergetan. Warum sollte es in China eigentlich anders sein?“ [2]

Was Beck einer taumelnden SPD innenpolitisch eingebrockt hat, nämlich einen tiefen Verlust an Glaubwürdigkeit (wie es abwechselnd an der Anbiederung gegenüber DIE LINKE und der danach jeweils folgenden verbalen Abgrenzung offenbar wurde), das „leistet“ Steinmeier auf substantielle Weise, allerdings ohne dass es von unserer Öffentlichkeit recht begriffen würde, auf außenpolitischem Feld! Anbiederung und ein beharrliches Ausblenden von Wertebezügen in der Politik bestimmen das Handeln der Genossen, ob sie nun daherkommen wie Beck oder mit mehr Geschick, wie Steinmeier. Damit wird man aber auf Dauer die Faktenlage und Fehl-orientierung nicht verdecken können. Konzeptionell überfordert sind beide, Steinmeier nicht weniger als Beck. [3]

Menschenrechtsanliegen und politische Gestaltungsfragen, die man in der SPD ignoriert und die auch in der Union von vielen überhört werden

Autismus in der SPD, Unsicherheit in der Union – wenn es um Fragen zum Handlungsansatz beim China-Tibet-Konflikt geht! Der Rückzug der SPD-Vertreter vom Antrag zur Menschenrechtslage in Tibet kommt manchem Vertreter der Union gerade recht!

Hat man schon wieder vergessen, dass vor nur zwei Monaten ein Aufbäumen unter Europas Regierungsvertretern und Parlamentariern gegen Pekings Missachtung der einfachsten Grundrechte der Bevölkerung in Tibet zustande kam und wieviel berechtigte Empörung laut wurde angesichts völliger Pekinger Intransigenz gegenüber den Erwartungen an *erträgliche* Bedingungen bei der Ausrichtung der Olympischen Spiele?

Es kann doch in diesen letzten Wochen niemandem entgangen sein (es sei denn, er wäre völlig in parteipolitisches bzw. enges interessenpolitisches Kalkül verstrickt), dass Europa seinen politischen Kompass suchte, Grundkoordinaten seiner politischen Identität heranzog, um beherzt seinen Standpunkt (vis-à-vis einem nach Größe und Bedeutung sehr wohl respektierten China) zu artikulieren sowie durch gemeinsame europäische Beschlüsse zu vertreten! Doch es scheint bereits wieder vergessen! Unterschlagen wird vor allem, dass gerade der internationale Protest dem Regime in Peking etwas Wesentliches verdeutlichte, nämlich dass es sein „Gesicht“ *nicht* wahren konnte und auch seine ideologisch verstandene Definitionshoheit über sein Territorium nicht ungeschmälert durchsetzen konnte. Es gelang Peking und seinen Regionalinstanzen nicht, das Land komplett hinter Informationsbarrieren abzuschirmen und abzuschotten, und es erwies sich auch als durchaus schwierig für die politische Führung, nationalistische Aufwallungen als gesteuerte Gegenreaktion gegen die Stimmen des Auslands in einem *beherrschbaren* Bereich zu halten. Mancher im politischen Establishment im „Reich der Mitte“, das sich stets für autark hielt und trotz der enorm gewachsenen weltwirtschaftlichen Verflechtung auch jüngst noch für

gleichsam autark hielt, wird seine Lehre gezogen haben, was freilich *nicht* heißt, dass nun eine Politik der Liberalisierung zu erwarten wäre: Dazu ist ein wettbewerbsverneinendes politisches System nur bedingt und bestenfalls in schleppender Entwicklung in der Lage, aber die „weiche Macht“ eines Denk- und Lernstoßes wird es bei manchem aufgeschlossenen Beobachter und Mitglied der politischen Klasse Chinas gegeben haben. Will man eben diesen *Korrekturfaktor* (als äußerer Einflussfaktor unentbehrlich für ein geschlossenes System) nun schwächen, indem man bei uns Menschenrechtspositionen (sogar in dafür geschaffenen Gremien) nicht mehr zu thematisieren wagt? Die bröckelnde Haltung der Koalitionsvertreter im Bundestagsausschuss, ausgehend von der inneren Opposition der Koalition, der unschlüssigen Sozialdemokratie, legt diese Befürchtung mehr als nahe! Der schwächere Partner diktiert, und die Unionsfraktion gibt immer wieder eigene Beispiele der Unschlüssigkeit bzw. Wankelmütigkeit!

Streifen wir kurz die Bilanz Steinmeiers gegenüber Peking und Moskau:

Gab es Signale Steinmeiers an Peking außer eifertigen Ergebenheitsadressen? Schon bei den ersten Anzeichen des Tibet-Konflikts beeilte sich Steinmeier – gegen europäische Mehrheitsmeinung – eine Ergebenheitsadresse an Peking zu senden! Oder gab es geeigneten diplomatischen Beistand durch Steinmeier für das Olympische Komitee zur Durchsetzung von Mindestansprüchen, z.B. bezüglich Pressearbeit, Akkreditierungen, Meinungsäußerungsrecht der Sportler oder Offiziellen?

Oder, um einen – von vielen kaum durchschauten – noch prinzipielleren Punkt anzusprechen: *„Steinmeier ging in der Anerkennung der ‚Ein-China-Politik‘ weiter als je ein Außenminister vor ihm. Seit im März die Tibeter die Welt wieder einmal darauf aufmerksam gemacht haben, dass diese Ein-China-Politik auf brutaler Unterdrückung beruht, schlägt viele im Westen das Gewissen – auch Steinmeier?“* [4] Und weiter lautet die Kritik des Kommentators: *„Wo Peking den Friedensnobelpreisträger zum Terroristen stempelte, wäre auch ein lautes Wort des Außenministers angebracht gewesen.“*

Einige illustrative Belege auch zur Haltung Steinmeiers vis-à-vis Moskau: Gab es ein Statement Steinmeiers gegen die inzwischen vollzogene völlige (totalitäre) Gleichschaltung aller Sender in Russland, oder gab es von ihm offene Kritik an der im Stile Teherans gelenkten Parlaments- und Präsidentenwahlen in Russland. Gab es eine hörbare Stellungnahme Steinmeiers gegen die Serie an Journalistenmorden, gegen die Rechtsbeugung in allen Bereichen, wo es die „Machtvertikale“ will; gegen Putins Tiraden in dessen Statements insbes. seit München 2007, die ja sowjetischem Propagandastil in nichts nachstanden? Gab es eine deutliche Démarche oder doch wenigstens einen ‚Mucks‘ Steinmeiers, als Estland von Russland mit dem ersten *Cyber War* der Geschichte überzogen wurde, der Finanz- und Geschäftsabläufe des kleinen Landes vorübergehend nahezu lahm legte. Der Angriff war u.a. aus dem Kreml heraus gesteuert worden! Schröder bezichtigte die Esten im Zusammenhang dieses Konflikts auch noch „unzivilisierten Verhaltens“, betätigte sich also als Kreml-Propagandist. Gab es eine hier doch wohl zu erwartende, den Esten gerecht werdende Zurückweisung dieses Anwurfs? Der deutsche Außenminister schwieg, es gab für das EU-Partnerland von ihm weder die (nach Lage der Dinge) in der Sache gebotene Unterstützung, noch den eigentlich selbstverständlichen Beistand, der einem „Teamverständnis in der EU“ entsprochen hätte. Was für Steinmeier zählte, war nur das Wohlwollen Moskaus – „lupenrein“, wie man es von Schröder her kannte. Auch eine noch so „rücksichtsvolle“ diplomatische Bewertung Steinmeiers an die Adresse Moskaus unterblieb; er agierte mehr als SPD-Vertreter denn in einer Außenminister-Rolle. In der SPD wird man ihm freilich gerade dieses zugute halten. Eine Frage des Niveaus? Ja, es fehlt an staatspolitischem Niveau!

Hier waren nur Beispiele genannt; sie illustrieren hinlänglich die Tendenz und Grundrichtung! Lässt sich all dies mit dem beiläufigen, in passenden wie unpassenden Fällen gern gegebenen Hinweis auf die Vorzüge „stiller Diplomatie“ beiseite schieben?

Beobachten wir bei Steinmeier „stille“ oder eher „verweigerte“ Diplomatie?

Kennzeichnet „stille Diplomatie“ das Handeln Steinmeiers? In einem Editorial der *New York Times* wird seine bisherige Bilanz so beurteilt: „Herrn Steinmeiers Verteidiger werden unzweifelhaft argumentieren, dass ‚stille Diplomatie‘ besser sei als eine öffentliche Zurückweisung. Für den Fall, dass er in irgendeiner ‚stillen Diplomatie‘ in China, Russland, Usbekistan oder an sonst einem Platz aktiv war, ... so fällt es schwer, für solche Aktivität Belege zu finden.“ [5] Der Vorwurf an Steinmeier lautet also, eine Diplomatie unter irreführendem Etikett bzw. eine Diplomatie des gefälligen äußeren Scheins zu betreiben. Ist dieser Vorwurf angesichts der angesprochenen Beispiele ganz von der Hand zu weisen? Ausführlich wird an anderer Stelle auf diese Frage eingegangen [s. Texttitelliste im Anhang: „Pekings unfröhliche Spiele. Fehlende oder passive sozialdemokratische Antworten“, April 2008, 16 Seiten].

Im laufenden Text interessiert die Frage, wie es sachlich und politisch zu bewerten ist, dass die SPD-Vertreter im Menschenrechtsausschuss den selbst mitformulierten Antrag zur Menschenrechtslage in Tibet nicht mittragen werden. Nach Steinmeiers China-Besuch und seiner „situativ“ ausgerichteten Berichterstattung scheint den Abgeordneten der kritisch abwägende Blick für eine *Gesamtbewertung* verloren gegangen zu sein. Aus dem Blick geraten ist offenbar der bereits angesprochene *Grundsachverhalt*, denn kaum zu bestreiten ist: Der weltweite Protest gegen Pekings Tibet-Politik war eine zwar verstörende und abgewehrte, aber *unvermeidliche* Erfahrung für das Land und seine Führung. Pekings Konflikt mit Tibet offenbart nicht zuletzt einen Grundkonflikt im „Reich der Mitte“, und ohne inneren Dialog werden die Auswirkungen nicht auf China begrenzt bleiben. Eingefordert wird nicht mehr als dieser „innere Dialog“.

Ausblenden und Beschweigen des China-Tibet-Konflikts wäre im Informationszeitalter zudem kaum möglich. Der Appell an „stille Diplomatie“ wirkt unrealistisch, und die Vorstellung, sich vorwiegend darauf stützen zu können, *ist* unrealistisch. Wirkung auf China ging allenfalls vom Druck der internationalen Öffentlichkeit aus, sozusagen von der „Publizität“ des China-Tibet-Konflikts. Von „stiller Diplomatie“ können Effekte nur vor der „Kulisse“ eines entsprechenden latenten oder offenen Drucks erwartet werden, d.h. sie haben diesen Faktor zur *Voraussetzung*. „Stille Diplomatie“ wirkt nur im „Fahrwasser“ des äußeren Drucks, ist bei näherem Hinsehen also nur das „stille Echo“ dieses Faktors.

Wer den Anspruch auf „stille Diplomatie“ erhebt, ist insofern immer auch ein „Trittbrettfahrer äußerer Voraussetzungen“. Die Abgeordneten des Menschenrechtsausschusses im Deutschen Bundestag sollten erkennen, dass offene Ansprache des Menschenrechts- und Dialoganliegens notwendiger Teil einer „Gesamtkulisse“ ist, die die erhofften Wirkungen „stiller Diplomatie“ überhaupt erst ermöglicht.

Menschenrechtspositionen dürfen nicht zum Spielball gewundener Begründungen werden. Auftrag des Menschenrechtsausschusses ist es nicht, einem Einzelressort Gefälligkeitsleistungen zu erbringen. Ein Außenminister mag seine Politikentscheidungen treffen, ein Abgeordneter in der Rolle eines Menschenrechtsausschussmitglieds ist anders verpflichtet. „Prinzipielle“ Haltungen dürfen nicht „taktischen“ Haltungen geopfert werden. Andernfalls kann niemand erstaunt sein, wenn folgender Rückschluss gezogen wird: „Das Signal ist, dass Deutschland alles tun wird, um in China Geld zu machen.“ [6]

Ein weichgespülter Menschenrechtsausschuss – Folge einer missverstandenen eigenen Rolle

Fazit 1 Peking ist gefordert, dem *Anrecht des tibetischen Volks* auf kulturelle Existenz und politisch erträgliche (die Tibeter nicht planvoll diskriminierende) Verhältnisse genug Raum zu geben – als Teil eines zwar schwierigen und belastenden, aber doch zu akzeptierenden politischen Prozesses. Die Formulierung deutscher China-Politik – und schon gar nicht die Formulierung von Menschenrechtspolitik – nur entlang vorwiegend Pekinger Vorstellungen entspräche ganz sicher nicht dem *Grundkonsens* deutscher Außenpolitik: Konzeptionell ist diese an Interessen und *Werten* auszurichten – nur so ermöglicht sie einen Richtungskonsens, und nur so kann sie eine auch langfristig tragfähige Diplomatie begründen.

Fazit 2 Ein Politikansatz, in dem so gut wie kein Spielraum gegenüber Peking (oder Moskau) beansprucht wird, bewegt sich weder in der Spur einer beweglichen *Interessenpolitik*, noch folgt er den Linien einer angemessenen bzw. erforderlichen *Wertorientierung* der Maßstäbe für das außenpolitische und diplomatische Handeln. „Stille Diplomatie“ – „Gesicht wahren“ – „Realpolitik“ – „Wertebezug der Politik“. Der China-Tibet-Konflikt hat gezeigt: Europa – und darin Deutschland – kann seine Identität nicht losgelöst von Menschenrechtspolitik wahren und sich selbst und sein Handeln nicht losgelöst davon definieren. Wer es dennoch versucht, verbaut Chancen.

Fazit 3 Es liegt in der Aufgabendefinition eines Menschenrechtsausschusses, ethische Positionierungen vorzutragen. Dies heißt auch, in hinlänglicher Klarheit (also unmissverständlich für den Empfänger) auch grundsätzliche Haltungen zu verdeutlichen und diese nicht in taktischen Haltungen, für die es immer Begründungen geben wird, aufgehen und damit „verschwimmen“ zu lassen. Menschenrechtsappelle werden, wenn sich dazu die Möglichkeit ergibt, seitens der Adressaten „überhört“. Man versteht die „Botschaft“ vielleicht, aber ignoriert sie, weil sie nur verborgen formuliert ist – „verschlüsselt“ – „verwässert“ – „verklausuliert“. In diesem Sinne lässt sich leicht voraussagen, welchen Effekt ein Rückzieher im Menschenrechtsausschuss bei dem gemeinsam entwickelten Antrag zur Menschenrechtssituation in Tibet gegenüber der Pekinger Führung haben wird. Der Effekt bleibt nicht nur aus, der Rückzieher wird zudem als Beleg der Definitionsmacht Pekings interpretiert.

Anmerkungen

[1] „Allein mit dem Tibet-Antrag“, Wulf Schmiese, F. A. Z. v. 20.6.08, S. 2

[2] „Der Schwenk der SPD“, Peter Sturm, F. A. Z. (online) v. 19.6.08:

www.faz.net/s/Rub37F49EF1BA274A3AA35CADBBCBF6B6EF/Doc~EED0AE918FCAB4FDBB5B3A4E6A2394DC5~ATpl~Ecommon~Scontent.html

[3] Vgl. Texttitelliste, hier nachfolgend im Anhang

[4] „Prestigekampf um den Dalai Lama“, Stefan Dietrich, F. A. Z.-Kommentar v. 13.5.08:

www.faz.net/s/Rub7FC5BF30C45B402F96E964EF8CE790E1/Doc~EC922818DAEF94A0BB28124B91A67D95B~ATpl~Ecommon~Scontent.html

[5] Im Ausland beurteilt man die Bilanz Steinmeiers kritischer. Siehe die zitierten Beispiele in „Arbeitsverweigerung des Außenministers“, Subtitel: „In wichtigen Konfliktfeldern unterbleibt die ihm obliegende, geschuldete diplomatische Aktivität“, Fritz W. Peter, 22.5.08 (s.u.)

[6] ebd.

Ergänzende Texte – Texttitelliste

Arbeitsverweigerung des Außenministers (Steinmeier)

[verweigerte Tibet-Diplomatie – Ergebnislosigkeit gegenüber Peking]

www.wadinet.de/news/dokus/2013d_deutsche-politische-Fistelstimmen.pdf

Juni 2008 (8 S.)

Zum Umgang mit Peking: Diplomatie ist nicht Gehorsam

[eine Zusammenfassung der beiden nachfolgend angegebenen Beiträge]

www.wadinet.de/news/dokus/2013c_Zum-Umgang-mit-Peking.pdf

April 2008 (26 S.)

Zum Umgang mit Peking: Ohne substanzielles Eintreten für Menschenrechte verliert Europa Orientierung und Handlungsfähigkeit

[eine Kritik zweier Kommentare zum China-Tibet-Konflikt in DIE WELT von Jacques Schuster, Wiedergabe meiner WELTonline-Leserbriefe]

www.wadinet.de/news/dokus/2013b_Gegen-Majestaetsbeleidigung.pdf

April 2008 (14 S.)

Thema China: Pekings unfröhliche Spiele. Fehlende oder passive sozialdemokratische Antworten

[eine Kritik des ZEIT-Artikels von Theo Sommer zum China-Tibet-Konflikt; seine Empfehlungen an die Politik basieren auf falschen Annahmen; einbezogen in die Kritik ist auch der Ansatz Außenminister Steinmeier im China-Tibet-Konflikt]

www.wadinet.de/news/dokus/2013a_Fallbeispiel-China-Tibet-Konflikt.pdf

April 2008 (16 S.)

Thema Russland: Michael Stürmers Problem. Zwischen aufdeckendem und zudeckendem Journalismus

[ausweichende Formulierungen als Zeichen ratlosen Kommentars]

www.wadinet.de/news/dokus/2009_Michael-Stuermers-Problem.pdf

Nov. 2007 (18 S.)

„Strategische Partnerschaft“ – Politikformel zum Beschweigen der Gegensätze. Mit einem Offenen Brief an die Kanzlerin

[zudeckendes Vokabular als Ausdruck von Ratlosigkeit in der Politik]

www.wadinet.de/news/dokus/1600_Leerformel-StrategPartnerschaft.pdf

April 2007 (10 S.)

Bundestag beschweigt das Unrecht in Tibet

www.wadinet.de/news/dokus/2013e_eliminiertes-Menschenrechtsausschuss.pdf

Vorstehender Kritikbeitrag wurde u.a. wie folgt aus den Reihen der Unionsfraktion beantwortet:

Di. d. 24.6.08
per E-Mail an
peter@4pe.de

Sehr geehrter Herr Peter,

vielen Dank für Ihre E-Mail vom 14. April 2008 zu den Unruhen in Tibet sowie für Ihre beigefügte Analyse.

Das Internationale Olympische Komitee (IOK) hat seine Entscheidung im Jahr 2001, die Olympischen Spiele nach Peking zu vergeben, ganz bewusst getroffen. Die Olympischen Spiele werden dazu beitragen, dass die Situation in China noch stärker in das Blickfeld der internationalen Gemeinschaft rückt. Ein Boykott oder die Suche nach einem alternativen Austragungsort wären daher wenig zielführend und sogar kontraproduktiv.

Die chinesische Regierung muss sich darüber im Klaren sein, dass die gezielte Missachtung rechtstaatlicher Standards die erhoffte Präsentation als gastfreundliches Land diskreditieren wird und sich der von den Olympischen Spielen erhoffte Imagegewinn für China ins Gegenteil zu verkehren droht. Es liegt an China, ein Signal der Offenheit an die Tibeter zu geben und in einen direkten und ernstgemeinten Dialog mit dem Dalai Lama über die Gewährung kultureller Autonomierechte einzutreten.

Die Bundeskanzlerin hat gegenüber der chinesischen Führung wiederholt Menschenrechtsfragen offen angesprochen. Sie hat sich darüber hinaus mit verschiedenen Vertretern der Zivilgesellschaft in China getroffen und nicht zuletzt den Dalai Lama im Bundeskanzleramt empfangen.

Dieses Treffen war ein mutiger Schritt der Bundeskanzlerin, für den sie auch von deutschen Politikern kritisiert wurde, der sich nun aber im Sinne einer wertebundenen Außenpolitik als vollkommen richtig erwiesen hat.

Mit freundlichen Grüßen

[Unterschrift]

CSU-LANDESGRUPPE
DER CDU/CSU-FRAKTION
IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Hartmut Koschyk MdB

11.7.08 / per E-Mail

Sehr geehrter Herr Koschyk,

vielen Dank für Ihre E-Mail v. 24.6.08 und den beigefügten Grundsatztext (er ist hier am Fuß der Mail des Rückbezugs wegen angefügt).

In der Tat ist Ihrer Würdigung des Handlungsprofils der Kanzlerin zuzustimmen. Eine absolut deckungsgleiche Haltung nehme ich ja im meinem Kommentar ein, für den Sie sich bedanken und auf den Sie mit Ihrem Mail-Text antworteten.

Meine Kritik galt dem Bundestags-Menschenrechtsausschuss, nicht der Kanzlerin! Für einen *außenpolitischen* Ausschuss wäre es richtig (oder jedenfalls verständlich), wenn er bei seiner Stellungnahme interessenpolitische Aspekte in sein Kalkül einbezieht und fallweise auch zur dominierenden Richtschnur seiner Bewertungen und Stellungnahmen macht, denn es ist nicht immer möglich, wertebezogene und realpolitische Positionen in Deckung zu bringen.

Ein *Menschenrechtsausschuss* ist jedoch sehr viel direkter daran gebunden, wertebezogene Aspekte zur Leitschnur seiner Stellungnahmen zu machen. Er ist an einen ethischen Auftrag gebunden – wie kaum zu bestreiten sein dürfte. Interessenpolitische bzw. „realpolitische“ Nutzenkalküle haben demgegenüber zurückzustehen.

Mit seinem Rückzieher vom geplanten, zwischen den Fraktionen ausgehandelten Antrag zur Menschenrechtsslage in Tibet ist der Bundestags-Menschenrechtsausschuss aber nicht so sehr einer wertegebundenen Beurteilung gefolgt, sondern interessenpolitischer Nutzenabwägung. Dies entspricht nicht dem, was Sie selbst, Herr Koschyk, am Verhalten der Kanzlerin – am Beispiel des Empfangs des Dalai Lama im Kanzleramt – als richtungweisend herausstellen. Ich fürchte, die von mir in meinem Kommentartext angesprochenen Unionsabgeordneten im Menschenrechtsausschuss werden diesen offenkundigen Widerspruch und Sachverhalt nicht einräumen wollen.

Ich danke Ihnen dennoch für Ihre Antwort (wenn es auch ein Standardtext war, der nicht auf meine Argumentation abgestellt war), würde mir aber wünschen, dass der vorrangig ethisch angelegten Aufgabenstellung des Menschenrechtsausschusses in Fällen wie dem Antrag zur Menschenrechtsslage in Tibet künftig stärker (eindeutiger) gefolgt würde.

Auch meinen Kommentar v. 22.6.08 füge ich hier nochmals bei, um Gelegenheit zu geben, ohne jeden Suchaufwand der von mir vorgebrachten Kritik abermals prüfend nachzugehen. Es bedarf m.E. der *Klärung*, ob der Ausschuss in seiner Arbeit – z.B. beim Rückzieher des Antrags zur Menschenrechtsslage in Tibet – die für ihn geltenden Kriterien richtig gewichtet oder aber vermengt hat.

Mit freundlichen Grüßen

[Fritz W. Peter]

p.s.

Wenn ich noch eine Bemerkung zu meiner Person anfügen darf: Sehr geehrter Herr Koschyk, ich kritisiere nicht „von außen“, sondern als langjähriges, aktives CDU-Mitglied (mehr als 25 Jahre Mitgliedschaft, bald 10 J. Bezirksvertreter).